

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 15. September 2014  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	46	Nord, Thomas (DIE LINKE.)	7
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	52	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 15	Poß, Joachim (SPD)	25, 26
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	1	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31, 32
Dr. Fuchs, Michael (CDU/CSU)	16, 17, 18	Renner, Martina (DIE LINKE.)	8
Grötsch, Uli (SPD)	47	Stier, Dieter (CDU/CSU)	38, 39
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	44	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	40
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	10	Tank, Azize (DIE LINKE.)	34, 35, 36
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	28	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	27
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Korte, Jan (DIE LINKE.)	20		
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29		
Lanzinger, Barbara (CDU/CSU)	2, 3		
Lay, Caren (DIE LINKE.)	4, 5, 6		
Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	41		

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie</b>	
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) Ausfuhrgenehmigungen für vollautomatische Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow ..... 1	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zivile Unterstützungsmaßnahmen für den Irak seit dem Jahr 2011 ..... 8
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b>	
Lanzinger, Barbara (CDU/CSU) Finanzielle Förderung von Forschungsprojekten zu Energiespeichern ..... 1	Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak ..... 9
Lay, Caren (DIE LINKE.) Entwicklung der Zahl der Wassersperren .. 2 Gutachten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Pkw-Maut ..... 2 Schutz von bedürftigen Stromkunden ..... 3	Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgelehnte Einbürgerungsanträge von Abkömmlingen früherer deutscher Staatsangehöriger ..... 10
Nord, Thomas (DIE LINKE.) Deutsche Übersetzung des Vertragsentwurfstextes zum Freihandelsabkommen CETA und Anmahnung bestimmter Kapitel ..... 4	Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Ausübung des Dienstes in den Streitkräften eines anderen Staates ..... 11
Renner, Martina (DIE LINKE.) Freistellung von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe bei Unternehmen mit Analysetätigkeiten für in Deutschland stationierte US-Truppen ..... 4	Dr. Fuchs, Michael (CDU/CSU) Einsparpotenziale für die Bundesverwaltung durch Verwendung von gebrauchten Softwarelizenzen und etwaige rechtliche Bedenken ..... 12
<b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts</b>	
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Deutsche Beteiligung an der internationalen Koalition gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ ..... 5	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) Analyseprojekt des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums zu linksextremistischer Gewalt in Vorbereitung des G7-Gipfels 2015 ..... 13
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) Verwendung von Waffen US-amerikanischer Bauart durch die Terrorgruppe Islamischer Staat ..... 6	Korte, Jan (DIE LINKE.) Reformen des Verfassungsschutzes und des Verfassungsschutzverbundes im Zuge der NSU-Vorfälle ..... 14
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausgaben für humanitäre Hilfe in den vier Level-3-Krisenländern Syrien, Südsudan, Irak und Zentralafrikanische Republik .... 7	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbürgerung gewaltbereiter Dschihadisten und Einstufung des Werbens für Terrororganisationen als Straftat ..... 15

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bedarf und Bestand an Löschgruppen- fahrzeugen und Schlauchwagen im Saar- land ..... 16	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechtsvereinfachung der passiven Lei- stungen ..... 25
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b>	Tank, Azize (DIE LINKE.) Abschluss eines deutsch-polnischen Ab- kommens zum Export von Rentenleistun- gen für ehemalige Ghattobeschäftigte mit Wohnsitz in Polen ..... 26
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einführung der Finanztransaktionssteuer und bereitgestellte Finanzmittel für den in- ternationalen Klimaschutz und die Ent- wicklungszusammenarbeit ..... 17	Erfassung von überlebenden Ghettoarbei- tern im Rahmen der Zahlbarmachung von Ghattorenten ..... 26
Poß, Joachim (SPD) Höhe der Bonus- und Malusbeträge aus dem Prämiensystem des Länderfinanz- ausgleichs ..... 18	Gestaltung des Verfahrens zur Zahlbar- machung von Ghattorenten an bislang ausgeschlossene ehemalige Ghattobe- schäftigte mit Wohnsitz in Polen ..... 27
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) Mögliche Einschränkung des deutschen Steuerrechts durch die Regelungen zum Investorenschutz im Freihandelsabkom- men CETA ..... 21	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft</b>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</b>	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Änderungsbedarf am Kapitel über sanitä- re und phytosanitäre Maßnahmen im Ent- wurf zum Transatlantischen Freihandels- abkommen ..... 28
Kipping, Katja (DIE LINKE.) Tonmitschnitte von Gesprächen zwischen Behördenmitarbeitern und leistungsbe- ziehenden bzw. -beantragenden Personen . 22	Stier, Dieter (CDU/CSU) Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Wäl- dern ..... 28
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rentenrechtliche Zeiten bei Beziehern einer Teilrente ..... 22	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) Gesetzliche Regelung zur Erhaltung land- wirtschaftlich genutzter Flächen ..... 30
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende .. 22	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung</b>
Beendigung der Langzeitarbeitslosigkeit durch eine so genannte schädliche Unter- brechung ..... 23	Leidig, Sabine (DIE LINKE.) Auftragsvergabe an bestimmte Unterneh- men durch die Bundeswehr, das Aus- wärtige Amt bzw. das Bundesministerium der Verteidigung ..... 32
Beschäftigte mit Wunsch nach einer Neu- gestaltung der Arbeitszeit ..... 24	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz des Systems „Integrated Signals Intelligence System“ ..... 33
	Belastung der Patriot-Staffeln der Bun- deswehr seit Einsatzbeginn in der Türkei .. 33

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</b>	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b>
Hüppe, Hubert (CDU/CSU) Gewaltausbrüche bei Demonstrationen des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestim- mung“ gegen den jährlichen „Marsch für das Leben“ ..... 34	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausnahmeregelung bei der Messung der Quecksilberemissionen in Kohlekraftwer- ken ..... 39
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur</b>	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung</b>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorbereitungen zum Neubau der Bundes- straßen 246, 112 ..... 35	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Probleme mit dem Hauptantrieb des For- schungsschiffs „Maria S. Merian“ ..... 40
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) Beantragte Genehmigungen zur Querung von Bahntrassen für Breitbandinternetka- bel in den letzten zwölf Monaten ..... 36	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>
Grötsch, Uli (SPD) Lärmschutzbestimmungen hinsichtlich der Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Re- gensburg ..... 37	Bellmann, Veronika (CDU/CSU) Errichtung von „Grünen Zentren“ für ländliche Entwicklung in bestimmten Ländern ..... 42
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Absturzursache des Flugzeugs MH17 der Malaysia Airlines ..... 37	

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.) Für wie viele vollautomatische Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow aus jugoslawischer Produktion wie das Sturmgewehr vom Typ M70 Zastava ist in den Jahren 2009 bis 2014 jährlich von Deutschland die Ausfuhr genehmigt worden (bitte entsprechend der Jahre nach Ländern und Abnehmern auflisten), und inwieweit ist der Endverbleib der ausgeführten Waffen in diese Länder gesichert, vor allem in jene, in denen der Erwerb vollautomatischer Waffen verboten ist wie Kanada?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski vom 16. September 2014**

Vom 1. Januar 2009 bis 10. September 2014 wurden keine Genehmigungen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen zum Zwecke der Ausfuhr aus Deutschland für Sturmgewehre des Typs M70 Zastava erteilt.

Am 1. Juli 2014 wurde eine Genehmigung nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen für u. a. vier Sturmgewehre des Typs M21A Zastava zum Zwecke der temporären Ausfuhr aus Deutschland nach Österreich zur Verwendung als Requisite bei einem Filmprojekt erteilt. Diese Gewehre sind gemäß der Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) – VB3 – 10 17 03 – vom 21. April 1999 so umgebaut worden, dass aus ihnen ausschließlich Kartuschenmunition (Platzpatronen) verschossen werden kann.

Im Übrigen sind der Bundesregierung nicht sämtliche Sturmgewehrmodelle vom Typ Kalaschnikow aus den Staaten, die ehemals zu Jugoslawien gehörten, bekannt.

2. Abgeordnete **Barbara Lanzinger** (CDU/CSU) Wie viele Mittel wurden in den letzten zehn Jahren durch die Bundesregierung für die Forschung an Energiespeichern in allen Haushaltstiteln bereitgestellt?

**Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake vom 17. September 2014**

In den letzten zehn Jahren wurden durch die Bundesregierung für die Erforschung von Energiespeichern insgesamt rund 381 Mio. Euro Fördermittel in den ermittelten Haushaltstiteln der Ressorts Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) bereitgestellt.

3. Abgeordnete  
**Barbara Lanzinger**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Projekte bei welchen Projektträgern sind dadurch unterstützt worden?

**Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake  
vom 17. September 2014**

Mit direktem Bezug zum Fördergebiet Energiespeicher wurden in den letzten zehn Jahren rund 780 Projekte gefördert. Dazu waren im Auftrag der zuständigen Bundesministerien, die Projektträger AiF Projekt GmbH/AiF e. V. Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e. V., EuroNorm GmbH, Projektträger Jülich (PTJ)/Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Karlsruhe (PTKA)/Karlsruher Institut für Technologie (KIT), VDI Technologiezentrum GmbH und VDI/VDE Innovation + Technik GmbH tätig.

4. Abgeordnete  
**Caren Lay**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich die Zahl der Wassersperren in den Jahren 2012 und 2013 entwickelt hat (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer  
vom 15. September 2014**

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über die Zahl der Wassersperren durch Wasserversorger in den Jahren 2010 bis 2013.

Bundesweit gibt es rund 6 000 Wasserversorgungsunternehmen. Daten über Anzahl und Gründe von Sperrungen der Wasserversorgung von privaten Haushalten werden von diesen nicht zentral gemeldet oder anderweitig erhoben.

Nach Einschätzung des BDEW Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (vertritt ca. 1 200 Wasserversorger mit rund 80 Prozent des deutschen Trinkwasseraufkommens) spielen Wasserversorgungssperrungen nur eine auf Einzelfälle bezogene, untergeordnete Rolle.

5. Abgeordnete  
**Caren Lay**  
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass im BMWi ein(e) Expertise/Gutachten/Vermerk zur Pkw-Maut erstellt wurde (intern oder extern), und wenn ja, aus welchen Gründen wurde es Pressemeldungen zufolge zurückgezogen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke  
vom 16. September 2014**

Das BMWi hat gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Rahmen einer Ressortabfrage eine

schriftliche Stellungnahme zum Eckpunktepapier des BMVI für eine Verkehrsinfrastrukturabgabe (Pkw-Maut) abgegeben. Berichte über eine Rücknahme dieser Stellungnahme sind nicht zutreffend.

6. Abgeordnete  
**Caren Lay**  
(DIE LINKE.)      Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Umsetzung von Artikel 3 Absatz 7 und 8 der Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt 2009/72/EG zum Schutz von bedürftigen Stromkundinnen und Stromkunden bisher getroffen, und welche weiteren sind geplant?

**Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake  
vom 18. September 2014**

Eine Umsetzung der unionsrechtlichen Vorgaben zum Schutz „schutzbedürftiger Kunden“ ist durch ein Zusammenspiel energiewirtschaftsrechtlicher und sozialrechtlicher Bestimmungen erfolgt.

Grundsätzlich sind die Anforderungen der Absätze 7 und 8 des Artikels 3 der Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie sowie der Absätze 3 und 4 des Artikels 3 der Erdgasbinnenmarktrichtlinie in den Regelungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), insbesondere in den Vorschriften der §§ 36 ff. zu Verträgen mit Haushaltskunden und in den Netzregulierungsvorschriften umgesetzt. Auch sind in den §§ 111a bis 111c EnWG Regelungen zu Verbraucherbeschwerden und der außergerichtlichen Streitbeilegung bei der Energieversorgung mit Strom und Gas enthalten. Weiter ist bei der Bundesnetzagentur ein Verbraucherservice Energie eingerichtet.

Die Konzepte der Grund- und Ersatzversorgung in den §§ 36 und 38 EnWG i. V. m. der Strom- und der Gasgrundversorgungsverordnung stellen dabei sicher, dass in Deutschland prinzipiell jeder Haushaltskunde mit Strom oder Erdgas zu allgemeinen Bedingungen und Preisen beliefert wird.

Zudem greifen die allgemein verbraucherschützenden Regelungen des Zivilrechts, z. B. §§ 305 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zum AGB-Recht (AGB – allgemeine Geschäftsbedingungen) oder das Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen nach den §§ 312g und 355 BGB, und bei hilfebedürftigen Kunden die sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Durch letztere wird sichergestellt, dass Verbraucher in finanziellen Notsituationen ihr Existenzminimum, das auch den (pauschalierten) Bedarf an Haushaltsstrom sowie den (konkreten) angemessenen Bedarf an Heizenergie einschließlich Heizstrom umfasst, decken können.

Im Übrigen werden im Rahmen des vom BMWi geförderten Energieberatungsprogramms der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis die Beratungsangebote rund um Energieeffizienz und -einsparung kostenlos zur Verfügung gestellt. Des Weiteren fördert das BMUB mit dem Stromspar-Check-Plus des Deutschen Caritasverbandes e. V. und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e. V. die Energieeinsparberatung für ein-

kommensschwache Haushalte (mit entsprechendem Nachweis) vor Ort. Darin einbezogen ist auch die kostenlose Installation von einfachen Energieeinsparartikeln bis zu 70 Euro pro Haushalt und unter bestimmten Voraussetzungen die Förderung des Ersatzes eines alten ineffizienten Kühlgerätes im Rahmen eines Pilotprojektes mit 150 Euro. Zwischen beiden Beratungsprogrammen finden enge Kooperationen und regelmäßige Abstimmungen statt.

7. Abgeordneter  
**Thomas Nord**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung bei der Sitzung des EU-Ratsausschusses Handelspolitik am 12. September 2014 die weitere Behandlung des Vertragsentwurfs zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) ablehnen, solange den zuständigen Gremien im Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und den Bundesländern kein in die deutsche Sprache übersetzter Text vorliegt und damit eine detaillierte inhaltliche Prüfung erschwert wird, und wird insbesondere die Streichung des Investitionsschutzkapitels eingefordert und die Überarbeitung anderer sensibler Kapitel (u. a. regulatorische Kohärenz, Landwirtschaft) angemahnt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 12. September 2014**

Wie bei der Verhandlung von Handelsabkommen auf EU-Ebene üblich, wird eine offizielle Übersetzung des Abkommenstextes einschließlich der Anlagen mit einem Umfang von etwa 1 500 Seiten in alle Amtssprachen der Europäischen Union (EU) nach Durchführung der Rechtsförmlichkeitsprüfung erfolgen.

Der Deutsche Bundestag wird die Entscheidung über die Ratifizierung des CETA somit auf Grundlage der offiziellen deutschen Übersetzung des Abkommens treffen können.

Zu welchen Teilen des jetzt vorgelegten Abkommenstextes die Bundesregierung Änderungswünsche einbringen wird, ist noch Gegenstand der Prüfung zwischen den Ressorts und mit den Ländern.

8. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe und Motive führten zu den in der in den Jahren 2003 und 2005 geänderten deutsch-amerikanischen Rahmenvereinbarung vom 29. Juni 2001 enthaltenen Befreiungsmöglichkeit von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 18/2481) für solche Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in Deutschland stationierten Truppen der USA befasst sind?



**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 15. September 2014**

Die deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, vom 29. Juni 2001 (geändert in den Jahren 2003 und 2005, BGBl. 2001 II S. 1018, 2003 II S. 1540, 2005 II S. 1115), legt für Vereinbarungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut einheitliche Verfahrensgrundsätze fest.

Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut erlaubt eine Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe, mit Ausnahme der Vorschriften des Arbeitsschutzrechts, für nichtdeutsche Wirtschaftsunternehmen. Dies gilt allerdings nur für solche Unternehmen, die ausschließlich für die in Deutschland stationierte Truppe, ihr ziviles Gefolge und deren Angehörige tätig sind und ihre Tätigkeit auf Geschäfte beschränken, die von deutschen Unternehmen nicht ohne Beeinträchtigung der militärischen Bedürfnisse der Truppe betrieben werden können. Die Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe wird als sachgerecht angesehen, weil die Unternehmen nur für die Stationierungsstreitkräfte tätig sind und nicht am deutschen Wirtschaftsverkehr teilnehmen, also keinen hinreichenden Bezug zum deutschen Geschäftsleben haben. Außerhalb dieser eng umgrenzten Befreiung unterliegen die Unternehmen vollständig dem deutschen Recht.

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

- |   |   |
|---|---|
| 9. Abgeordnete<br><b>Agnieszka<br/>Brugger</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie plant die Bundesregierung, sich an der von US-Außenminister John Kerry am Rande des NATO-Gipfels in Wales ausgerufenen Koalition gegen die terroristische Gruppierung „Islamischer Staat“ zu beteiligen, und inwiefern sieht die Bundesregierung insbesondere bei etwaigen militärischen Maßnahmen eine Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als zwingend für eine deutsche Beteiligung an? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 16. September 2014**

Die Bundesregierung verfolgt im Irak einen umfassenden politischen Ansatz. Dieser umfasst die Stärkung der neuen irakischen Regierung wie auch die Leistung von humanitärer Hilfe, den Kontakt mit den Staaten der Region, die Delegitimierung des ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) durch religiöse Autoritäten, die Unterbindung

der Finanzierung des ISIS und die Unterstützung der kurdischen Regionalregierung, auch mit militärischer Ausstattungshilfe inklusive Waffen und Munition. Der Kampf gegen ISIS ist eine langfristige Aufgabe, in die sich die Bundesregierung in enger Abstimmung mit ihren Partnern einbringen wird. Die Bundeskanzlerin hat im Rahmen der Generaldebatte im Deutschen Bundestag am 10. September 2014 erklärt, dass dieses Engagement im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union und Partnern im arabischen Raum erfolgt. Am Rande des NATO-Gipfels haben sich die Außen- und Verteidigungsminister von zehn Staaten bereits intensiv über die Bedrohung ausgetauscht, die von den Aktivitäten der Terrororganisation ISIS ausgeht. Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, hat angekündigt, dass er das Thema auch im Rahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende September 2014 in New York beim Treffen der G7-Außenminister ansprechen wird. Deutschland hat derzeit den Vorsitz der Gruppe der sieben großen Industrienationen. Die USA haben angekündigt, dass Präsident Barack Obama am 24. September 2014 eine Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu „Foreign Terrorist Fighters“ leiten wird. Dabei soll eine VN-Sicherheitsratsresolution verabschiedet werden, die die Staatengemeinschaft zu besserer zwischenstaatlicher Kooperation beim Vorgehen gegen den globalen Terrorismus anhält und sie auffordert, Maßnahmen gegen das Problem der ausländischen Kämpfer zu entwickeln.

Für Staaten, die sich an militärischen Maßnahmen im Irak beteiligen wollen, besteht eine völkerrechtliche Grundlage in der Unterstützungsbitte der irakischen Regierung. Eine Beteiligung Deutschlands an Luftschlägen gegen ISIS hat der Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier am 11. September 2014 ausdrücklich ausgeschlossen.

- |   |  |
|---|--|
| 10. Abgeordnete<br><b>Ulla<br/>Jelpke</b><br>(DIE LINKE.) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die von der Organisation Conflict Armament Research in einer Feldstudie festgestellten Waffen US-amerikanischer Bauart einschließlich „signifikanter Mengen“ an Handfeuerwaffen im Besitz der Organisation „Islamischer Staat“ (IS bzw. früher ISIG – Islamischer Staat in Irak und Groß-Syrien) im Irak und Syrien, die aus früheren Waffenlieferungen an so genannte gemäßigte Rebellen in Syrien einschließlich der „Freien Syrischen Armee“ stammen, und wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Gefahr, dass erneute Waffenlieferungen durch die USA und ihre arabischen Verbündeten, darunter TOW Panzerabwehrraketen, für die die US-Regierung bereits vor einiger Zeit 500 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt hat, erneut direkt oder indirekt – durch Weitergabe oder Weiterverkauf, Verlust im Gefecht oder dem Überlaufen von scheinbar gemäßigten Oppositionsgruppen zum IS – in die Hände des IS geraten könnten |
|---|--|

([www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2014/09/07/report-islamic-state-has-anti-tank-weapons-taken-from-syrian-rebels/](http://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2014/09/07/report-islamic-state-has-anti-tank-weapons-taken-from-syrian-rebels/))?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 16. September 2014**

Die der Frage zugrunde liegenden Medienberichte können aus eigenen Erkenntnissen der Bundesregierung nicht verifiziert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass den Kämpfern des ISIS bei ihren Gewinnen im Irak und in Syrien auch Waffen amerikanischer Provenienz in die Hände gefallen sein könnten. Die Bundesregierung hat aber keine belastbaren eigenen Erkenntnisse, ob die in dem Artikel genannten Waffengattungen und Waffenmengen zutreffend dargestellt worden sind. Sie kann die in dem Artikel geschilderten Sachverhalte daher weder bestätigen noch ausschließen. Sie kann vor diesem Hintergrund auch keine Spekulationen über eventuelle zukünftige Fälle anstellen.

- |   |   |
|---|---|
| 11. Abgeordneter<br><b>Tom Koenigs</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie hoch werden die Ausgaben des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe in den vier Level-3-Krisenländern (Syrien, Südsudan, Irak und Zentralafrikanische Republik) nach gegenwärtigem Stand im laufenden Haushaltsjahr jeweils sein (bitte Anteile aus regulärem Haushalt und aus überplanmäßigen Mitteln getrennt ausweisen)? |
|---|---|

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 12. September 2014**

Durch das Auswärtige Amt wurden im Jahr 2014 bislang reguläre Haushaltsmittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland aus Kapitel 05 01 Titel 687 32 (Gesamtansatz 303 Mio. Euro) in folgender Höhe bereitgestellt:

- für die Syrien-Krise (umfasst neben Hilfsmaßnahmen in Syrien auch Maßnahmen zugunsten syrischer Flüchtlinge in Jordanien, Libanon und Türkei sowie Irak): rund 122,9 Mio. Euro;
- für Südsudan (umfasst sowohl Mittel, die für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Südsudan bereitgestellt wurden, als auch Mittel für Maßnahmen zugunsten südsudanesischer Flüchtlinge in den angrenzenden Nachbarländern): rund 16,6 Mio. Euro;
- für Irak (Mittel, die für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Rahmen der aktuellen Krise für irakische Binnenvertriebene bereitgestellt wurden): rund 16,6 Mio. Euro;
- für die Zentralafrikanische Republik (umfasst sowohl Mittel, die für humanitäre Hilfsmaßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik bereitgestellt wurden, als auch Mittel für Maßnahmen zugunsten zentralafrikanischer Flüchtlinge in den angrenzenden Nachbarländern): rund 7,8 Mio. Euro.

Im Haushaltsjahr 2014 wurden bisher keine überplanmäßigen Ausgaben zu Kapitel 05 01 Titel 687 32 geleistet.

- |  |   |
|--|---|
| 12. Abgeordneter<br><b>Omid Nouripour</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | In welchem Umfang hat die Bundesregierung dem Irak seit dem Jahr 2011 zivile Unterstützungsmaßnahmen (bitte nach ziviler Krisenprävention, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aufschlüsseln) zukommen lassen? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 16. September 2014**

Die Bundesregierung hat sich seit dem Jahr 2003 im Irak intensiv engagiert. Die gesamte deutsche Unterstützung (Official Development Aid, ODA) für den Wiederaufbau im Irak beläuft sich auf über 5 Mrd. Euro – einschließlich des Entschuldungsabkommens 2005 für über 80 Prozent der irakischen Schulden.

- a) In den Jahren 2011 bis 2014 (Stand: 1. September 2014) wurden vom Auswärtigen Amt Mittel in Höhe von 17,4 Mio. Euro für Maßnahmen der Krisenprävention eingesetzt:

- 2011: 5,2 Mio. Euro
- 2012: 5,5 Mio. Euro
- 2013: 3,2 Mio. Euro
- 2014: 3,5 Mio. Euro

Die Summe der Unterstützung für das Haushaltsjahr 2014 ist aufgrund der noch laufenden Umsetzung vorläufig.

Im Kontext der Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten „Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung“ des Auswärtigen Amtes stellte der Irak in den vergangenen Jahren eines der Schwerpunktländer dar. Dabei konzentrierten sich deutsche Vorhaben auf den Aufbau des Rechtsstaats (Justiz- und Strafvollzugswesen), Menschenrechte und die Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen durch Wirtschafts- und Wiederaufbaumaßnahmen.

- b) In den Jahren 2011 bis 2014 (Stand: 1. September 2014) wurden vom Auswärtigen Amt für humanitäre Maßnahmen insgesamt 43,06 Mio. Euro eingesetzt:

- 2011: 1,16 Mio. Euro
- 2012: 2,29 Mio. Euro
- 2013: 14,92 Mio. Euro
- 2014: 24,69 Mio. Euro

Die Summe der Unterstützung ist auch hier für das Haushaltsjahr 2014 aufgrund der noch laufenden Umsetzung vorläufig.

Das Auswärtige Amt unterstützte im Jahr 2013 insbesondere humanitäre Maßnahmen für syrische Flüchtlinge im Irak. Im Jahr 2014 setzte das Auswärtige Amt diese Unterstützung fort und stellte zusätzliche Mittel bereit, um humanitäre Hilfsmaßnahmen für die Binnenvertriebenen im Irak zu unterstützen.

- c) Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seit dem Jahr 2003 aus dem Einzelplan 23 insgesamt über 70 Mio. Euro für Projekte mit dem Irak und zur Unterstützung des Landes in Notsituationen (Entlastung der Regierung bei der Aufnahme der syrischen Flüchtlinge und aktuelle Irak-Krise) zur Verfügung gestellt.

Seit dem Jahr 2011 hat das BMZ u. a. folgende zivile Maßnahmen in Höhe von 32,84 Mio. Euro mit dem Irak durchgeführt oder bereits abgeschlossen:

- 10,14 Mio. Euro für Nothilfemaßnahmen und Krisenreaktion (UNICEF, Welternährungsprogramm der VN), zuletzt im Kontext der Syrienkrise seit dem Jahr 2012. Nach Verschärfung der Krise in diesem Jahr hat das BMZ am 13. August 2014 weitere 20 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen für den Irak zur Verfügung gestellt, darunter 3 Mio. Euro für Nichtregierungsorganisationen und Kirchen in Deutschland zur Unterstützung ihrer Partner im Irak;
- Entwicklungszusammenarbeit über private Träger, politische Stiftungen und Kirchen in Deutschland in Höhe von rund 2,7 Mio. Euro.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 18/2417 der Abgeordneten Kathrin Vogler vom 29. August 2014 verwiesen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

13. Abgeordnete  
**Luise  
Amtsberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Was plant die Bundesregierung konkret, um die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zugesagte „zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen“ (48. Sitzung des Deutschen Bundestages, Plenarprotokoll 18/48) zu gewährleisten, die aufgrund der Gewalt der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im Irak flüchten mussten, und ist die Bundesregierung in einem ersten Schritt bereit, den Nachzug von Flüchtlingen aus dem Irak zu Verwandten nach Deutschland zu ermöglichen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 17. September 2014**

Innerhalb der Europäischen Union nimmt Deutschland heute mit großem Abstand die meisten Asylbewerber auf. Unter den Flüchtlingen, die im Rahmen des Asylverfahrens aufgenommen werden, sind viele Iraker. Der Irak gehört zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern in Deutschland im bisherigen Jahr 2014. Von Januar bis August 2014 beantragten 5 547 Iraker in Deutschland Asyl (4,8 Prozent aller Erst- und Folgeanträge, Platz 5 von allen Herkunftsländern). Im gleichen Zeitraum gab es 2 634 Entscheidungen über irakische Asylanträge: 1 506 Iraker erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention, weitere 120 erhielten andere Schutzformen (zusammen 61,7 Prozent).

Bei der Entscheidung über Asylanträge werden der aktuelle bewaffnete Konflikt sowie die schwierige humanitäre Situation im Irak berücksichtigt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht aktuell von einer Gruppenverfolgung der Yeziden im Irak aus und trifft bereits seit Mitte Juni 2014 keine negativen Entscheidungen zum Herkunftsland Irak mehr. Diese Entscheidungspraxis wird andauern.

Vor diesem Hintergrund ist die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 2. September 2014 zu verstehen. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat darin auch deutlich gemacht, dass der Schwerpunkt der deutschen Flüchtlingshilfe in der Hilfe vor Ort liegt. Es ist nach wie vor notwendig, dass sich die deutsche Unterstützung auf die dringend notwendige Soforthilfe vor Ort konzentriert. Darüber besteht auch Konsens mit vor Ort tätigen internationalen Hilfsorganisationen. In der Region erreicht man die meisten Menschen, deren Not es zu lindern gilt. Aktuell hat die Bundesregierung insgesamt rund 50 Mio. Euro an humanitärer Hilfe bereits aufgewendet und neu zugesagt.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) unterstützt in Kurdistan-Nordirak die lokalen Behörden bereits seit November 2013 beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur in mehreren Flüchtlingslagern für Flüchtlinge des syrischen Bürgerkriegs. Im Auftrag der Bundesregierung beteiligt sich das THW seit Anfang September 2014 auch am Aufbau von Flüchtlingslagern für die irakischen Binnenvertriebenen.

Die Bundesregierung wird auch künftig Schutzsuchenden aus dem Irak den nötigen Schutz zukommen lassen und ihre Bemühungen um die Linderung der Not vor Ort fortsetzen.

- |   |   |
|---|---|
| 14. Abgeordneter<br><b>Volker Beck</b><br>(Köln)<br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie viele Einbürgerungsanträge von Abkömmlingen früherer deutscher Staatsangehöriger, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, wurden nach gegenwärtiger Kenntnis der Bundesregierung deshalb abgelehnt, weil die Antragsteller auch dann die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben hätten, wenn die Ausbürgerung des |
|---|---|

Elternteils nicht erfolgt wäre (etwa weil sie vor dem 31. März 1953 als uneheliche Kinder eines Mannes oder als eheliche Kinder einer Frau geboren worden sind oder Abkömmlinge einer solchen Person sind), und inwiefern hält es die Bundesregierung für wünschenswert, diese Ungleichbehandlung zu beheben?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 19. September 2014**

Die Zahl der abgelehnten Einbürgerungsanträge sowie die Gründe für deren Ablehnung werden statistisch nicht erfasst. Nach § 36 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) werden Daten nur über vollzogene Einbürgerungen erhoben.

Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge haben nach Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) einen (Wieder-)Einbürgerungsanspruch. Artikel 116 Absatz 2 GG bezweckt die staatsangehörigkeitsrechtliche Wiederherstellung des Zustandes, der ohne die Entziehung der deutschen Staatsangehörigkeit bestehen würde. Für Abkömmlinge besteht danach nur dann ein (Wieder-)Einbürgerungsanspruch, wenn sie ohne die Entziehung die deutsche Staatsangehörigkeit nach den jeweils geltenden allgemeinen Regeln des Staatsangehörigkeitsrechts erworben hätten. Abkömmlinge, die als nichteheliche Kinder eines deutschen Vaters oder vor dem 1. April 1953 als eheliche Kinder einer deutschen Mutter geboren sind, konnten auch ohne deren Ausbürgerung nach den früher geltenden allgemeinen Regeln des Staatsangehörigkeitsrechts nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und ihren Nachkommen deshalb nicht vermitteln. Eine Ungleichbehandlung liegt somit insoweit nicht vor (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteile vom 6. Dezember 1983 – 1 C 122/80 –, 27. März 1990 – 1 C 5/87 – und 11. Januar 1994 – 1 C 35/93 –). Gleichwohl kommt eine Einbürgerung dieser Abkömmlinge nach den §§ 8 und 14 StAG unter erleichterten Voraussetzungen in Betracht, wenn insbesondere enge Bindungen an Deutschland bestehen und der Wiedergutmachungsgedanke bei der Ermessensabwägung überwiegt.

15. Abgeordnete  
**Agnieszka  
Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass die deutsche Staatsangehörigkeit sofort verloren geht, wenn deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in einer anderen Armee als der Bundeswehr ohne eine entsprechende Genehmigung des Bundesministeriums der Verteidigung dienen, und wenn eine solche Rechtsauffassung geteilt wird, plant die Bundesregierung diese (Ausbürgerungs-)Vorschrift auch auf Bürgerkriegsparteien auszuweiten?

**Antwort der Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe  
vom 19. September 2014**

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 21. August 2014 (Bundestagsdrucksache 18/2383) wird verwiesen.

- |   |   |
|---|---|
| 16. Abgeordneter<br><b>Dr. Michael Fuchs</b><br>(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung Einsparpotenziale für die Bundesverwaltung durch die Verwendung gebrauchter Softwarelizenzen? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 16. September 2014**

In den vergangenen Jahren hat der Bund eine zentralisierte Beschaffung aufgebaut. So können Einrichtungen der Bundesverwaltung aus dem „Kaufhaus des Bundes“ bestimmte Produkte über Rahmenverträge abrufen, insbesondere auch Softwarelizenzen ([www.kdb.bund.de](http://www.kdb.bund.de)). Ziele dieser Bündelung sind unter anderem Kostenvorteile und bessere Konditionen durch die Abnahme von großen Mengen sowie eine Verringerung des Beschaffungsaufwands (anstelle zahlreicher Einzelvergaben ist für den jeweiligen Rahmenvertrag nur ein Vergabeverfahren erforderlich). Daneben werden einzelne Beschaffungen auch von den Ressorts bzw. in deren Geschäftsbereichen vorgenommen, so zum Beispiel, wenn für eine spezifische Software kein entsprechender Rahmenvertrag zur Verfügung steht.

In beiden Konstellationen ist das Vergaberecht zu beachten. Das heißt, die Bedarfsdeckung hat grundsätzlich in einem Vergabeverfahren im Wettbewerb stattzufinden; Angebote zum Kauf von „gebrauchter Software“ sind davon nicht befreit. Einsparpotenziale sind daher zwar im Grundsatz nicht auszuschließen. Ob und inwieweit sie sich realisieren lassen, hängt aber sehr stark vom konkreten Bedarf sowie den Bedingungen und Angeboten im Einzelfall ab.

Um speziell innerhalb der Bundesverwaltung denkbare Einsparungen durch die Verwendung „gebrauchter Software-Lizenzen“ zu ermöglichen, steht auf der Plattform „Kaufhaus des Bundes“ in einem internen Bereich eine „Produktbörse“ zur Verfügung. Angeschlossene Behörden und Einrichtungen des Bundes können dort Informationen über nicht mehr benötigte Softwarelizenzen bzw. Nutzungsrechte einstellen, um anderen Behörden des Bundes eine Anschlussverwendung der Software zu ermöglichen.

- |   |  |
|---|--|
| 17. Abgeordneter<br><b>Dr. Michael Fuchs</b><br>(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 15. Mai 2008, Az. C-147/06) und des Bundesgerichtshofes (Urteil vom 17. Juli 2013, Az. I ZR 129/08) noch rechtliche Bedenken gegen eine Verwendung gebrauchter Softwarelizenzen? |
|---|--|



zen in der öffentlichen Verwaltung, und wenn ja, haben sich diese Bedenken in Verwaltungsanweisungen niedergeschlagen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 16. September 2014**

Die Weitergabe von Software bzw. Übertragung der entsprechenden Nutzungsrechte ist unter anderem stark abhängig von der jeweiligen Software, dem Lizenzmodell des Herstellers bzw. dem konkret zugrunde liegenden Lizenzvertrag. Teilweise erfordert eine bedarfsgerechte Nutzung von Software auch Wartungs- oder Pflegeverträge mit dem Hersteller oder mit Dritten, die – im Unterschied zu dauerhaften Nutzungsrechten – nicht ohne Weiteres „gebraucht“ übertragen und erworben werden können. Insgesamt ist hier eine erhebliche Vielzahl von Konstellationen möglich, die nicht mit der Fallgestaltung in den angesprochenen Gerichtsentscheidungen übereinstimmen und deren rechtliche Bewertung jeweils konkret im Einzelfall vorgenommen werden muss.

Zur Frage der Weitergabe von Software verhält sich die Nummer 4.1.3 sowie die Anlage 3 der „Richtlinien zur Nutzungsdauer, Aussonderung und Verwertung von IT-Geräten und Software“, die vom Rat der IT-Beauftragten der Ressorts – kurz: IT-Rat – beschlossen wurde (Beschluss 2013/7 vom 6. Dezember 2013). Der IT-Rat ist das zentrale Gremium für die ressortübergreifende IT-Steuerung auf Bundesebene. In ihm sind alle IT-Beauftragten der Ressorts vertreten. Der entsprechende Beschluss mit der Richtlinie als Anlage ist zum Download abrufbar unter:

[www.cio.bund.de/Web/DE/Politische-Aufgaben/Rat-der-IT-Beauftragten/Beschluesse/beschluesse\\_node.html](http://www.cio.bund.de/Web/DE/Politische-Aufgaben/Rat-der-IT-Beauftragten/Beschluesse/beschluesse_node.html).

- |   |   |
|---|---|
| 18. Abgeordneter<br><b>Dr. Michael Fuchs</b><br>(CDU/CSU) | Wird die Nutzung gebrauchter Standardsoftware in den Verwaltungen des Bundes praktiziert? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 16. September 2014**

Aus den Ressorts gingen nach Abfrage keine positiven Rückmeldungen zur Nutzung von gebrauchter Standardsoftware ein.

- |   |  |
|---|--|
| 19. Abgeordneter<br><b>Andrej Hunko</b><br>(DIE LINKE.) | Welches Ziel bzw. welcher Zweck wird mit dem „Analyseprojekt bezüglich der Strategien der gewaltbereiten linken Szene bei Großveranstaltungen von bundesweiter und/oder internationaler Bedeutung“ des „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ verfolgt, das nach Angaben des Bundes- |
|---|--|

ministeriums des Innern „Im Hinblick auf den G7-Gipfel 2015 in Deutschland“ durchgeführt wird (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/2386), und welche Aufgaben werden von den teilnehmenden Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen übernommen (bitte jede beteiligte Institution benennen und deren jeweilige Mitarbeit einzeln darstellen)?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 16. September 2014**

Das Projekt „Strategien der gewaltbereiten linken Szene bei Großveranstaltungen von bundesweiter und/oder internationaler Bedeutung im Hinblick auf den G7-Gipfel 2015 in Deutschland“ verfolgt das Ziel, Strategien und Taktiken der gewaltbereiten linken Szene in Deutschland bei Großveranstaltungen seit dem Jahr 2010 sowie etwaige theoretische Strategiemodelle der linken Szene im Hinblick auf den G7-Gipfel zu analysieren.

Das Projekt wird im Rahmen des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (GETZ) durchgeführt. Daran beteiligt sind Behörden der Polizeilichen Informations- und Analysestelle (PIAS) – also die Landeskriminalämter – und der Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle (NIAS) – also die Landesämter für Verfassungsschutz.

20. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)      Welchen Stand haben die Planung und die Umsetzung der als Folge des NSU-Debakels (NSU – Nationalsozialistischer Untergrund) angekündigten Reformen des Verfassungsschutzes und des Verfassungsschutzverbundes von Bund und Ländern (bitte detailliert mit Datum und haushalterischen Konsequenzen angeben), und welche Gründe haben den endgültigen Abschluss der Reformschritte jeweils bislang behindert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 16. September 2014**

Im Sommer 2012 begannen sowohl das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als auch der Verfassungsschutzverbund damit, umfangreiche Maßnahmen umzusetzen, um Konsequenzen aus den bekannt gewordenen Taten des NSU zu ziehen. Für den Verfassungsschutzverbund hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), aufsetzend auf entsprechenden Vorarbeiten ihres für Verfassungsschutzfragen zuständigen Arbeitskreises IV am 6./7. Dezember 2012 einen weit gefassten Beschluss zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes verabschiedet (der Beschluss kann im Internet abgerufen werden). Reformmaßnahmen setzen die Länder in eigener Verantwortung um. Zu deren Umsetzungsstand liegen

dem Bund keine detaillierten Daten vor. Parallel zum o. a. Neuausrichtungsbeschluss hat die IMK bereits gleichzeitig neue Zusammenarbeitsrichtlinien beschlossen.

Im BfV koordiniert den internen Reformprozess seit September 2012 eine – alle Abteilungen umfassende – Projektgruppe. Ergebnisse und Einzelheiten zum Reformprozess sind in der BfV-Broschüre „Ergebnisse des Reformprozesses im Bundesamt für Verfassungsschutz – Zusammenfassung“ auf der Homepage des BfV unter der Rubrik Öffentlichkeitsarbeit/Allgemeine Publikationen dargestellt, auf die hier verwiesen wird. Die Daten erreichter Meilensteine können der beigefügten Anlage entnommen werden, die als Verschluss-sache – VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft ist.\* Eine offene Angabe der dort enthaltenen Informationen ist ausgeschlossen, weil die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann.

Bis Ende des Jahres 2013 wurden die Maßnahmen weitestgehend umgesetzt, die im bestehenden Gesetzes- und Haushaltsrahmen zu realisieren sind. Nicht alle Vorhaben lassen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt abschließen, da sie sich als fortlaufender Prozess (z. B. regelmäßige Schulungen der Mitarbeiter zu Datenschutzfragen und die mindestens jährlich zu aktualisierende Neupriorisierung der Beobachtungsobjekte) darstellen.

Die im Verfassungsschutzverbund vorangetriebene Neuausrichtung erfolgt im Einklang mit der Reform des BfV. Reformmaßnahmen, die sowohl das BfV als auch die Landesämter für Verfassungsschutz betreffen, wie z. B. die Einführung des GETZ und die zwischen Bund und Ländern abzustimmende Neupriorisierung der Beobachtungsprojekte, sind in der Anlage mit aufgeführt.

- |  |  |
|--|--|
| 21. Abgeordnete<br><b>Irene Mihalic</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Verfolgt die Bundesregierung konkrete Pläne, die Ausbürgerung gewaltbereiter Dschihadisten und Dschihadistinnen zu erleichtern, und verfolgt die Bundesregierung die Absicht, das Werben für terroristische Vereinigungen wieder zum Straftatbestand zu machen (bitte jeweilige Pläne detailliert darlegen)? |
|--|--|

**Antwort der Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe  
vom 17. September 2014**

Im Rahmen der Gesamthematik terroristischer Reisebewegungen in Krisenregionen wird u. a. auch die Einführung einer Regelung zum Verlust der Staatsangehörigkeit für Mehrstaater geprüft. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Anlage zu der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 16. September 2014 als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Von einer Veröffentlichung der Anlage in einer Bundestagsdrucksache wird daher abgesehen. Sie ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 21. August 2014 (Bundestagsdrucksache 18/2383) verwiesen.

Die Bundesregierung plant derzeit nicht, das Werben für terroristische Vereinigungen wieder zum Straftatbestand zu machen.

22. Abgeordneter  
**Markus Tressel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Löschgruppenfahrzeuge Katastrophenschutz (LF-KatS) und Schlauchwagen Katastrophenschutz (SW-KatS), die gemäß des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes durch den Bund gestellt werden, sind für das Saarland planerisch vorgesehen, und wie viele sind tatsächlich vorhanden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 18. September 2014**

Als ergänzende Ausstattung des Bundes für das Saarland sind planerisch zwölf LF-KatS sowie sechs SW-KatS vorgesehen. Aktuell stehen dem Land hiervon zehn LF-KatS sowie drei SW-KatS zur Verfügung.

23. Abgeordneter  
**Markus Tressel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele LF-KatS und SW-KatS, die gemäß des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes durch den Bund gestellt werden, und die im Saarland eingesetzt werden, sind älter als 24 Jahre, und wie viele Fahrzeuge sind seit dem Jahr 2007 ohne Ersatzbeschaffung stillgelegt worden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 18. September 2014**

Im Bereich der ergänzenden Bundesausstattung gibt es keine auf das Einzelfahrzeug bezogene Ersatzbeschaffung. Zum einen erfolgen aus wirtschaftlichen Gründen Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen in größeren Tranchen; zum anderen sind sie abhängig von den tatsächlich für die ergänzende Ausstattung verfügbaren Haushaltsmitteln. Außerdem gibt es keinen Automatismus, wonach ausgesonderte Bundesfahrzeuge am gleichen Ort auch wieder vom Bund ersetzt werden. Um allen Ländern gleichermaßen gerecht zu werden, bedient der Bund mit jedem neu beschafften Fahrzeug zuerst das Land mit der größten prozentualen Lücke. Maßgeblich ist ein Soll-Ist-Vergleich zum Zeitpunkt der Auslieferungen.

Von den derzeit im Saarland stationierten LF-KatS des Bundes sind drei Fahrzeuge älter als 24 Jahre. Seit dem Jahr 2007 ist ein LF-KatS stillgelegt worden. Im gleichen Zeitraum wurden sieben neue LF-KatS an das Land ausgeliefert.

Von den derzeit im Saarland stationierten SW-KatS des Bundes ist kein Fahrzeug älter als 24 Jahre. Seit dem Jahr 2007 gab es keine

Stilllegungen von SW-KatS. Ein Fahrzeug wurde in diesem Zeitraum neu ausgeliefert.

Im Übrigen ist das Alter der Fahrzeuge für die Frage der Aussonderung nicht maßgeblich, sondern lediglich ein Indiz. Solange solche Fahrzeuge leistungsfähig sind und noch wirtschaftlich betrieben werden können, bleiben sie im Einsatz. Damit einhergehend trägt der Bund die Kosten für Wartung und Instandsetzung, bis ein Fahrzeug ausgesondert und vom Bestand abgesetzt ist. Eine Beschränkung der Kostenübernahme für Wartung und Instandsetzung aufgrund des Fahrzeugalters besteht nicht. Maßgeblich ist der Erhaltungs- und Pflegezustand im Einzelfall. Die Verwendungsdauer solcher Fahrzeuge kann – aufgrund der geringen Laufleistung – oft sehr unterschiedlich sein und durchaus bei mehr als 25 Jahren liegen. Ob ein bundesfinanziertes Fahrzeug noch einsatzfähig ist und noch wirtschaftlich betrieben werden kann, entscheidet ein technischer Sachverständiger der Bundesfinanzverwaltung.

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

- |  |  |
|--|--|
| 24. Abgeordneter<br><b>Uwe<br/>Kekeritz</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wann rechnet die Bundesregierung mit der Einführung der beschlossenen Finanztransaktionssteuer (FTT), und welchen Anteil des im Rahmen von Schätzungen auf 17,6 Mrd. Euro (vgl. <a href="http://sz.de/1.2119145">http://sz.de/1.2119145</a> ) bezifferten Betrags wird die Bundesregierung für den internationalen Klimaschutz und die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen? |
|--|--|

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**

**vom 18. September 2014**

Die Einführung der FTT hängt von einer Einigung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit, der Schaffung der Voraussetzungen auf europäischer Ebene und mit der Umsetzung in nationales Recht zusammen. Alle Verhandelnden sind bestrebt, zu einer möglichst zügigen Einigung zu kommen, dabei sind aber die Interessen aller Verhandelnden zu berücksichtigen.

Eine Aussage zur Höhe des Aufkommens ist daher derzeit nicht möglich, da dies von der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung der Steuer abhängig ist. Die Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten laufen noch.

Aus Sicht des Bundes muss zudem darauf Wert gelegt werden, dass die Einnahmen aus der FTT dem Bundeshaushalt grundsätzlich ohne Zweckbindung zur Verfügung stehen. Nach dem Grundsatz der Gesamtdeckung dienen alle Einnahmen der Deckung aller Ausgaben. Daher sollte der Deutsche Bundestag im Rahmen der jährlichen

Haushaltsaufstellung frei sein, über die Verwendung der vereinnahmten Haushaltsmittel zu entscheiden.

25. Abgeordneter  
**Joachim  
Poß**  
(SPD)
- Wie hoch waren in den Jahren 2012 und 2013 die Bonus- oder Malusbeträge aus dem Prämiensystem des Länderfinanzausgleichs in Mio. Euro und in ihrer Auswirkung auf den Länderfinanzausgleich (vgl. die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, auf meine Schriftlichen Fragen 28, 29 und 30 auf Bundestagsdrucksache 17/11612, S. 17 f.)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 16. September 2014**

Nach den Regelungen des angesprochenen Prämiensystems in § 7 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes werden bei Ländern, die im Ausgleichsjahr je Einwohner überdurchschnittliche Zuwächse bei den Einnahmen aus Einkommen-, Körperschaft-, Landessteuern und Gewerbesteuerumlage verzeichnet haben, die in den Länderfinanzausgleich einzubeziehenden Einnahmen um 12 Prozent dieser überproportionalen Zuwächse vermindert (Spalte 1 der nachstehenden Tabellen). Die Auswirkungen dieser Regelung auf die Beiträge und Zuweisungen im Länderfinanzausgleich wurden auf der Basis von Modellrechnungen ermittelt (Spalte 2) und in Beziehung zu den Ausgleichsbeiträgen der Zahlerländer (Spalte 3) und den Ausgleichszuweisungen der Empfängerländer (Spalte 4) gesetzt. Die Angaben für das Jahr 2012 basieren auf der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes; den Zahlen für das Jahr 2013 liegt die vorläufige Jahresabrechnung zugrunde.

Ausgleichsjahr 2012	Kürzungsbeträge nach § 7 Abs. 3 FAG in Mio. Euro (Spalte 1)	Auswirkungen im Länderfinanzausgleich		
		in Mio. Euro (Spalte 2)	in Prozent der Beiträge (Spalte 3)	in Prozent der Zuweisungen (Spalte 4)
<b>Zahlerländer</b>				
Bayern		-18,2	0,5	
Baden-Württemberg	66,8	32,5	-1,2	
Hessen		-8,9	0,7	
Hamburg		-2,4	10,7	
<b>Empfängerländer</b>				
Nordrhein-Westfalen		-19,8		-4,3
Niedersachsen	77,5	29,5		19,9
Sachsen		-6,4		-0,7
Rheinland-Pfalz	24,3	9,0		3,6
Sachsen-Anhalt	4,8	-0,2		0,0
Schleswig-Holstein		-3,5		-2,5
Thüringen	5,7	0,6		0,1
Brandenburg	2,6	-2,1		-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	3,9	0,3		0,1
Saarland		-1,4		-1,5
Berlin		-7,5		-0,2
Bremen		-1,5		-0,3
<b>Länder insgesamt</b>	<b>185,6</b>	<b>0,0</b>		

Ausgleichsjahr 2013	Kürzungsbeträge nach § 7 Abs. 3 FAG in Mio. Euro (Spalte 1)	Auswirkungen im Länderfinanzausgleich		
		in Mio. Euro (Spalte 2)	in Prozent der Beiträge (Spalte 3)	in Prozent der Zuweisungen (Spalte 4)
<b>Zahlerländer</b>				
Bayern	73,0	20,1	-0,5	
Baden-Württemberg		-24,5	1,0	
Hessen	48,1	19,4	-1,1	
<b>Empfängerländer</b>				
Nordrhein-Westfalen		-24,6		-3,4
Niedersachsen		-9,8		-8,4
Sachsen	20,6	7,2		0,7
Rheinland-Pfalz		-6,0		-2,4
Sachsen-Anhalt	6,8	0,7		0,1
Schleswig-Holstein	14,3	3,9		2,4
Thüringen	5,6	0,0		0,0
Brandenburg	14,5	5,8		1,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,4	1,6		0,4
Saarland	0,6	-1,4		-1,0
Berlin	28,6	12,6		0,4
Hamburg		-3,3		-3,6
Bremen		-1,7		-0,3
<b>Länder insgesamt</b>	<b>218,4</b>	<b>0,0</b>		

26. Abgeordneter  
**Joachim  
Poß**  
(SPD)

Können die Beträge durch rechtliche Anpassungen wesentlich erhöht werden, wenn die in den Länderfinanzausgleich einzubeziehenden Einnahmen von 12 Prozent etwa um das Vierfache erhöht werden, ohne dass das Ausgleichssystem dadurch infrage gestellt oder unwirksam würde?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 16. September 2014**

Selbst eine deutliche Erhöhung des Anteils der Einnahmen der Länder, die über die Prämienregelung in § 7 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes ausgleichsfrei gestellt werden, führt nicht dazu, dass das Ausgleichssystem dadurch infrage gestellt oder unwirksam würde. Dies unterstreicht auch eine Modellrechnung auf der Grundlage der Daten der vorläufigen Jahresrechnung für das Ausgleichsjahr 2013. Verglichen mit dem Status quo hätte eine Vervierfachung der Beträge der Prämienregelung das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs von rund 8,5 Mrd. Euro danach lediglich um rund 40 Mio. Euro gemindert. Die damit einhergehende maximale



Einbuße eines Landes im Länderfinanzausgleich durch Verringerung seiner Zuweisung bzw. Erhöhung seines Beitrags hätte 0,2 Prozent seiner Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich nicht überschritten.

27. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern kann nach Ansicht der Bundesregierung (vgl. dpa-Meldung vom 10. September 2014, 16:48 Uhr „Berlin will Korrekturen bei Kanada-Abkommen – Brüssel bleibt hart“) die deutsche Steuergesetzgebung durch die Regelungen zum Investorenschutz im Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) eingeschränkt werden, wenn dieses entsprechend dem am 9. September 2014 vorliegenden Vertragstext umgesetzt wird, und in welchen Fallkonstellationen kann der im Vertragstext enthaltene Vorrang der Doppelbesteuerungsabkommen und des nationalen Steuerrechts nicht gewährleistet werden (bitte mit Begründung)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**

**vom 18. September 2014**

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, in den gegenwärtigen Verhandlungen, die die Europäische Kommission mit Kanada bei der Ausverhandlung des CETA führt, steuerrechtlich tragfähige Lösungen herbeizuführen. Der Entwurf des CETA-Vertragstextes enthält in Artikel X06 Bestimmungen über das Verhältnis der Regelungen des CETA zu steuerlichen Vorschriften (Doppelbesteuerungsabkommen und nationale Steuervorschriften). Das CETA sieht in diesem Artikel zwar den (grundsätzlichen) Vorrang von (bilateralen) Doppelbesteuerungsabkommen und der nationalen Steuergesetzgebung vor, jedoch wird dieser Grundsatz zurzeit durch eine Reihe von investitionsschutzrechtlichen Einzelregelungen des Abkommens eingeschränkt.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass im CETA der Vorrang der bestehenden bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen und des nationalen Steuerrechts klarer geregelt werden muss. Hierzu besteht noch Klärungsbedarf bei einigen Fragen. Die Gespräche in Brüssel dauern zurzeit noch an.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

28. Abgeordnete  
**Katja  
Kipping**  
(DIE LINKE.)
- Sind nach Auffassung der Bundesregierung Tonmitschnitte von Beratungs- oder anderen Gesprächen zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Ämter und Personen, die Leistungen gemäß den Sozialgesetzbüchern beantragen oder beziehen, auf Verlangen Letzterer zu gewähren oder nicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 18. September 2014**

Personen, die Leistungen des Sozialgesetzbuchs beantragen oder beziehen, haben keinen Anspruch gegen den Leistungsträger bzw. dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Duldung eines Tonmitschnitts eines Beratungs- oder sonstigen Gesprächs.

Möchte die Antragstellerin bzw. der Antragsteller oder die Leistungsempfängerin bzw. der Leistungsempfänger sicherstellen, dass der Gesprächsinhalt richtig und vollständig verstanden wird, kann er sich eines Beistandes bedienen und auf diesem Wege in Begleitung einer Vertrauensperson zum Gespräch erscheinen.

29. Abgeordneter  
**Markus  
Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Jahre an rentenrechtlichen Zeiten weisen Bezieherinnen und Bezieher einer Teilrente zu Beginn der Inanspruchnahme dieser Variante der Altersrente durchschnittlich auf, und wie viele Versicherte erreichen eben diese Jahre an rentenrechtlichen Zeiten bereits im Alter von 62 Jahren?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 18. September 2014**

Den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung sind keine Angaben darüber zu entnehmen, wie viele Jahre rentenrechtlicher Zeiten den Renten wegen Alters als Teilrenten zugrunde liegen.

30. Abgeordnete  
**Brigitte  
Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurden seit dem Jahr 2006 Mehrausgaben bei den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende über den Etat für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gedeckt (bitte je Jahr in absoluten Zahlen und als Anteil am jeweiligen Haushaltsansatz für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit darstellen), und mit Ausgaben in welcher Gesamthöhe für die Verwaltungskosten bei der Grundsiche-

rung rechnet die Bundesregierung im Jahr 2014 auf Grundlage der Erfahrungen der vergangenen Haushaltsjahre, der im laufenden Jahr bereits ausgegebenen bzw. gebundenen Mittel und ihrer Prognosen für das Restjahr (bitte unter Angabe des aktuellsten Ist-Wertes 2014 beantworten)?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 17. September 2014**

Hinsichtlich der Teilfrage, in welchem Umfang seit dem Jahr 2006 Mehrausgaben bei den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende „über den Etat“ für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gedeckt wurden, wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2014 auf die Schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 18/640 verwiesen.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2014 betrugen die Ist-Ausgaben des Bundes für die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Zeitraum von Januar bis August insgesamt rund 2 869 Mio. Euro. Bei einem Soll-Ansatz für das Jahr 2014 von 4 046 Mio. Euro und einem gleichbleibenden Ausgabeverhalten der Jobcenter in den verbleibenden vier Monaten des laufenden Jahres kann angenommen werden, dass von der Möglichkeit der Deckungsfähigkeit von dem Titel „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ Gebrauch gemacht werden muss.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Entscheidungsverantwortung über die Organisation, Personalwirtschaft, die Art und Weise der Aufgabendurchführung sowie die „Budgethoheit“ grundsätzlich den Verantwortlichen vor Ort in den Jobcentern obliegt. Die Entscheidung für eine eher maßnahmenorientierte Eingliederungsstrategie oder eine eher personalintensive Betreuung der Leistungsberechtigten (mit daraus resultierenden höheren Verwaltungsausgaben im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende) ist somit von jedem Jobcenter eigenverantwortlich zu treffen. Daher ist eine valide Schätzung der voraussichtlich noch anfallenden Ausgaben für die SGB-II-Verwaltung (SGB II – Zweites Buch Sozialgesetzbuch) für das verbleibende Jahr 2014 nicht möglich.

31. Abgeordnete  
**Brigitte  
Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In wie vielen Fällen wurde seit dem Jahr 2007 die Langzeitarbeitslosigkeit von Arbeitslosen nur deswegen beendet, weil eine so genannte schädliche Unterbrechung bei der Messung der Arbeitslosigkeitsdauer wegen Abmeldung in Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitsunfähigkeit für mehr als sechs Wochen oder wegen der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik (ausgenommen Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung) vorlag und obwohl die Betroffenen im Anschluss an die schädliche Unterbrechung weiter arbeitslos waren (bitte jährlich nach

Grund der schädlichen Unterbrechung darstellen), und wie hoch wäre die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit dem Jahr 2007 im Jahresdurchschnitt jeweils gewesen, wenn die oben genannten Gründe nicht als schädliche Unterbrechung gelten würden (für das Jahr 2014 bitte die aktuellsten Daten)?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 17. September 2014**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor. Nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist es nicht möglich zu ermitteln, wie viele Langzeitarbeitslose durch Abmeldung in Nichterwerbstätigkeit (einschließlich Arbeitsunfähigkeit) von mehr als sechs Wochen oder wegen Eintritt in eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme (ausgenommen Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung) ihre Langzeitarbeitslosigkeit beendet und sich danach wieder arbeitslos gemeldet haben. Es ist auch nicht möglich, fiktiv zu berechnen, wie hoch die Langzeitarbeitslosigkeit wäre, wenn die genannten Abmeldegründe nicht als Unterbrechungen gelten würden.

- |   |  |
|---|--|
| 32. Abgeordnete<br><b>Brigitte<br/>Pothmer</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie viel Prozent der in Deutschland Beschäftigten wünschen sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils ihre Arbeitszeiten auszuweiten, zu verkürzen oder so beizubehalten (bitte auch differenziert nach Vollzeit, geringfügiger Beschäftigung sowie jeweils nach Frauen und Männern darstellen)? |
|---|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 19. September 2014**

Das Statistische Bundesamt erhebt im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung (als Teil des Mikrozensus) auch Angaben zu Arbeitszeitwünschen von Erwerbstätigen. Im Jahr 2012 gaben rund 3,3 Millionen Personen (entspricht etwa 8 Prozent) an, ihre Arbeitszeit ausweiten zu wollen und dafür auch zur Verfügung zu stehen (Unterbeschäftigte). Knapp 860 000 Personen (entspricht etwa 2 Prozent) hingegen wünschen sich eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit und wären auch bereit, entsprechend auf Einkommen zu verzichten (Überbeschäftigte). Entsprechende Angaben, untergliedert nach Vollzeit und Teilzeit sowie Geschlecht, sind der unten stehenden Tabelle zu entnehmen. Die geringfügig Beschäftigten sind eine Teilmenge der Teilzeiterwerbstätigen und werden nicht gesondert ausgewiesen. Aus einer früheren Analyse (2010) ist bekannt, dass rund ein Viertel aller geringfügig Beschäftigten sich eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit wünschen und auch entsprechend zur Verfügung stünden.

**Tabelle: Erwerbstätige (15-74 Jahre) nach Arbeitszeitwünschen, Geschlecht und Arbeitszeit, 2012, in Tausend Personen**

	Deutschland		
	insgesamt	Männer	Frauen
Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren <sup>1)</sup>	63.015	31.483	31.533
Erwerbstätige	39.952	21.535	18.417
Teilzeittätige <sup>2)</sup>	10.598	2.209	8.389
Vollzeittätige <sup>2)</sup>	29.354	19.326	10.028
Unterbeschäftigte	3.311	1.586	1.725
Teilzeittätige <sup>2)</sup>	1.810	506	1.304
Vollzeittätige <sup>2)</sup>	1.501	1.081	421
Überbeschäftigte	855	467	388
Teilzeittätige <sup>2)</sup>	74	12	62
Vollzeittätige <sup>2)</sup>	781	454	327

1) Personen in Privathaushalten.

2) Eine Teilzeittätigkeit umfasst hier eine normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von nicht mehr als 31 Stunden. Ab 32 Stunden geleisteter Arbeitszeit handelt es sich bereits um eine Vollzeittätigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Eine vertiefte Analyse der Arbeitszeitwünsche von Erwerbstätigen auf Grundlage der Daten des sozio-oekonomischen Panels findet sich in einem Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2011. Dort findet sich auch eine Differenzierung nach geringfügig Beschäftigten. Der Kurzbericht ist im Internet unter dem folgenden Link abrufbar: [www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k110414n01](http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k110414n01).

33. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang  
Strengmann-  
Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung aus verfassungsrechtlicher Sicht den Vorschlag der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Rechtsvereinfachung der passiven Leistungen, nach dem die Anwendung des § 330 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), Verweis in § 40 Absatz 2 Nummer 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), bereits dann erfolgen soll, wenn eine Norm durch ständige Rechtsprechung abweichend von der Verwaltungspraxis der einzelnen Leistungsträger ausgelegt wird, und welche der von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Rechtsvereinfachung der passiven Leistungen vorgeschlagenen Maßnahmen hat die Bundesregierung aufgrund verfassungsrechtlicher oder anderer Einwände bereits verworfen?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 18. September 2014**

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit auf der Grundlage der in dem Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rechtsvereinfachung SGB II enthaltenen Vorschläge einen Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (siehe auch die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 18/2481). Die Prüfung der Änderungsvorschläge ist noch nicht abgeschlossen.

- |  |  |
|--|--|
| 34. Abgeordnete<br><b>Azize<br/>Tank</b><br>(DIE LINKE.) | Welche konkreten „innerstaatlich erforderlichen Konsultationen“ wurden im Einzelnen bis Ende August 2014 erfolgreich abgeschlossen, um den Abschluss eines deutsch-polnischen Abkommens zum Export von Rentenleistungen für ehemalige Ghattobeschäftigte mit Wohnsitz in Polen anlässlich der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen am 18. September 2014 zu ermöglichen, und welche Bundesbehörden wurden hierbei einbezogen? |
|--|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 16. September 2014**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in dem angefragten Zeitraum das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien, den Nationalen Normenkontrollrat sowie die Länder zu den beabsichtigten Verhandlungen zum Abschluss eines Abkommens zur Zahlung von Ghattorenten nach Polen erfolgreich beteiligt.

- |  |  |
|--|--|
| 35. Abgeordnete<br><b>Azize<br/>Tank</b><br>(DIE LINKE.) | Welche Hinweise hat die Bundesregierung, dass nach Berechnungen auf der Grundlage von Angaben aus der amtlichen Begründung der Bundesregierung zum jetzt verabschiedeten Änderungsgesetz zum Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto nach wie vor noch ca. 15 000 bis 25 000 überlebende Ghettoarbeiterinnen und -arbeiter weltweit leben, die von der Zahlbarmachung von Ghattorenten bislang überhaupt nicht erfasst worden sind? |
|--|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 16. September 2014**

Der Bundesregierung liegen keine entsprechenden Hinweise vor.

36. Abgeordnete  
**Azize  
Tank**  
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung das Verfahren zur Zahlbarmachung von Ghattorenten an bislang ausgeschlossene ehemalige Ghattobeschäftigte mit Wohnsitz in Polen effizient bzw. unbürokratisch ausgestalten, um zu verhindern, dass die altersbetagten Betroffenen einer unnötigen zusätzlichen Examinierung unterworfen werden (z. B. Berücksichtigung entsprechender Bescheinigungen des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, die auf Grundlage ihres Archivbestandes ausgestellt werden könnten, zwecks Anerkennung der Ansprüche ehemaliger Ghattobeschäftigter bzw. Vereinfachung des Verfahrens durch von Amts wegen zu berücksichtigende Dokumente zum Nachweis einer Ghattobeschäftigung, die sich seit dem Jahr 2000 im Besitz der Deutschen Rentenversicherung Bund befindlichen und von der Vereinigung der Jüdischen Kombattantinnen und Kombattanten und Geschädigten des Zweiten Weltkrieges mit Sitz in Warschau bzw. der Vereinigung „Kinder des Holocaust“ in Polen (teilweise im Original) zugeschickt wurden)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 16. September 2014**

Aufgrund des deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommens von 1975 können Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht an Personen gezahlt werden, die am 31. Dezember 1990 ihren Wohnsitz in Polen hatten und seitdem ununterbrochen dort haben. Von diesem Zahlungsausschluss sind derzeit auch Renten erfasst, die Beitragszeiten nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) enthalten (so genannte Ghattorenten). Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 74 vom Februar 2014 (Bundestagsdrucksache 18/815) wird insoweit verwiesen.

Für die Ausgestaltung der Verfahren zur Zahlung von Renten nach Polen sind die selbstverwalteten Träger der Deutschen Rentenversicherung zuständig. Nach dem von der Bundesregierung angestrebten Abschluss eines Abkommens, das die Zahlung so genannter Ghattorenten nach Polen erlaubt, wird die Deutsche Rentenversicherung ein möglichst unbürokratisches Verfahren entwickeln, um über die Ansprüche der in Polen lebenden ZRBG-Berechtigten zeitnah entscheiden zu können. Sollte das Jüdische Historische Institut in Warschau einen Beitrag zum Nachweis der Ghattobeschäftigungen leisten können, werden die Rentenversicherungsträger diese Hilfeleistung gerne in Anspruch nehmen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

37. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kommentierungen und/oder Änderungswünsche plant die Bundesregierung zum vorliegenden Entwurf des „SPS“-Kapitels (Kapitel über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen) für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) einzubringen (wie von der Europäischen Kommission aufgefordert bis zum 12. September 2014), und wie bewertet die Bundesregierung die in dem Kapitel enthaltene Formulierung, dass eine „Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungs- und Genehmigungsprozessen“ (Artikel 7,1.: „to simplify and expediate the approval and clearance process“) erreicht werden soll im Hinblick auf den Erhalt und die Weiterentwicklung europäischer Verbraucherschutzstandards?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser  
vom 15. September 2014**

Der Bundesregierung ist der Entwurf eines EU-Verhandlungsdokumentes für ein Kapitel über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen für das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet worden. Der Abstimmungsprozess hierzu ist noch nicht abgeschlossen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Verhandlungen über das geplante Abkommen stets ihr Ziel betont, das europäische Schutzniveau, insbesondere im Lebensmittel- und Verbraucherbereich, zu wahren. Auch die Regelungshoheit muss erhalten bleiben. Diese Maßgabe gilt insbesondere für die Bewertung des Kapitels über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen.

38. Abgeordneter  
**Dieter Stier**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant der Bund, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ab dem 1. Januar 2015 zur Erhaltung von Kiefern- und Eichenwäldern sicherzustellen?
39. Abgeordneter  
**Dieter Stier**  
(CDU/CSU)
- Wird vom Bund in dieser Legislaturperiode eine Reduzierung bürokratischer Hürden zu erwarten sein, die ein kürzeres Genehmigungsverfahren für das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln durch Luftfahrzeuge zum Zweck des Walderhalts zum Gegenstand haben?



**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser  
vom 16. September 2014**

Das EG-Recht schreibt in Artikel 9 der Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden vor, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass das Spritzen oder Sprühen mit Luftfahrzeugen verboten ist. Die Richtlinie räumt den Mitgliedstaaten jedoch in bestimmten Fällen und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Möglichkeit ein, Ausnahmen von diesem Verbot vorzusehen. Die Regelung wurde mit dem Pflanzenschutzgesetz umgesetzt. Dort ist ein zweistufiges Verfahren verankert, nach dem das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Benehmen mit den drei Bewertungsbehörden auf Antrag die grundsätzliche Eignung zugelassener Pflanzenschutzmittel für die Anwendung mit Luftfahrzeugen feststellt und die zuständige Landesbehörde die Genehmigung für die eigentliche Anwendung vor Ort erteilt. Details sind in der Verordnung über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit Luftfahrzeugen geregelt.

Die Bundesregierung sieht grundsätzlich folgendes Maßnahmenpaket vor:

1. Vollzug der nach Pflanzenschutzrecht bestehenden Vorschriften für die Zulassung oder Genehmigung von Pflanzenschutzmitteln für die Luftanwendung im Wald;
  2. Koordination der Arbeiten zum Schließen von Lücken im Pflanzenschutz;
  3. Stärkung der Forschung zur mittelfristigen Sicherstellung ausreichender Maßnahmen für den Pflanzenschutz im Wald.
- 
1. Vollzug der nach Pflanzenschutzrecht bestehenden Vorschriften für die Zulassung oder Genehmigung von Pflanzenschutzmitteln für die Luftanwendung im Wald

Grundsätzlich bevorzugt die Bundesregierung reguläre Zulassungen nach Artikel 29 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel, bei denen die Anwendung mit Luftfahrzeugen bereits in der Zulassung selbst vorgesehen ist. Damit würde die beste Planungssicherheit für die Anwender der Pflanzenschutzmittel erreicht.

Bisher ist allerdings nicht erkennbar, ob die betroffenen Pflanzenschutzmittelhersteller entsprechende Anträge stellen werden. In einer Stellungnahme des Industrieverbandes Agrar e. V. (IVA) vom Juli 2014, die im Rahmen des Runden Tisches vorgelegt wurde, zu dem die Abgeordnete Gitta Connemann am 14. Juli 2014 eingeladen hatte, verweist der IVA u. a. auf die ökonomische Bewertung der Unternehmen.

Die Genehmigungen für die Pflanzenschutzmittel Karate Forst Flüssig und Dipel ES gelten deutschlandweit. Die Zulassungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), ist bestrebt, den Aufwand für die Antragstellung so gering wie möglich zu halten. Die laufenden Diskussionen über die Ausge-

gestaltung bestimmter Anwendungsbestimmungen und Auflagen sollen baldmöglichst zu einem Abschluss gebracht werden. Hier gilt es Lösungen zu erarbeiten, die den Anforderungen des Pflanzenschutzrechts ebenso gerecht werden, wie den Anforderungen der Forstwirtschaft.

Im Rahmen der Entscheidung über die Erteilung einer Genehmigung legt das BVL auch deren Geltungsdauer fest. Grundsätzlich ist für die Genehmigung die gleiche Geltungsdauer wie für die Zulassung möglich. Eine längere Laufzeit der Genehmigungen hat das BVL nach erfolgreicher Prüfung der Anträge für die Zukunft vorgesehen. Damit würde eine größere Planungssicherheit für die Anwender erreicht.

## 2. Koordination der Arbeiten zum Schließen von Lücken im Pflanzenschutz

In einem Fachgespräch beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am 11. Februar 2014 (Behörden von Bund und Ländern, betroffene Verbände) wurde vereinbart, die bundesweite Koordination der Arbeiten zum Schließen von Lücken im Pflanzenschutz im Wald zu verbessern. Am 1. August 2014 haben die Abteilungsleiter „Landwirtschaftliche Erzeugung“ auf der Grundlage der bisherigen Arbeiten des Arbeitskreises Lückenindikationen der Länder das Bund-Länder-Programm „Nachhaltiger Pflanzenschutz, Bund-Länder-Programm zum Schließen von Indikationslücken im Pflanzenschutz“ beschlossen. Hierzu gehört eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Lückenindikationen (BLAG LÜCK) mit einer Unterarbeitsgruppe „Forst“.

Zusätzlich soll angeregt werden, analog zur Einrichtung einer „Servicestelle“ für Lückenindikationen im Obst- und Gemüsebau, eine solche Servicestelle auch für den Forst vorzusehen. Vorgespräche hierzu laufen bereits.

Das nächste Fachgespräch im BMEL ist für Februar 2015 auch unter Einbeziehung der Pflanzenschutzmittel herstellenden Industrie vorgesehen.

## 3. Stärkung der Forschung zur mittelfristigen Sicherstellung ausreichender Maßnahmen für den Pflanzenschutz im Wald

Neben einer Absicherung der Forschungsaktivitäten in der Ressortforschung des BMEL beim Julius Kühn-Institut ist die Ausschöpfung zusätzlicher Förderungsmöglichkeiten vorgesehen, um auch mittelfristig tragbare Lösungen für den Pflanzenschutz erarbeiten zu können.

40. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung angesichts des nach wie vor zu hohen Flächenverbrauchs aus den Forderungen des Deutschen Bauernverbandes (Pressemeldung vom 5. Juni 2014) nach der Einführung eines gesetzlich verankerten Erhaltungsgebots für landwirtschaftliche Flächen – analog zu forstwirtschaftlichen Flächen –, und wie könnte

eine entsprechende gesetzliche Regelung aus-  
sehen, beispielsweise in einer Bundeskompensa-  
tionsverordnung, welche laut dem Koali-  
tionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD  
aus dem Jahr 2013 „unverzüglich“ erlassen  
werden sollte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser  
vom 17. September 2014**

Der Deutsche Bauernverband (DBV) erhebt seit Längerem die For-  
derung nach Einführung eines gesetzlich verankerten Erhaltungsge-  
botes für landwirtschaftliche Flächen. Diese Forderung hat er im No-  
vember 2011 durch eine Eingabe beim Petitionsausschuss des Deut-  
schen Bundestages bekräftigt (Pet 3-17-10-782-030549). Der Deut-  
sche Bundestag hat in seiner Sitzung am 21. März 2013 der Be-  
schlussempfehlung des Petitionsausschusses zugestimmt. Damit war  
das Petitionsverfahren beendet.

Des Weiteren ergibt sich folgender Sachstand:

Der Boden ist für die Erzeugung von Lebensmitteln und nachwach-  
senden Rohstoffen die wichtigste Ressource. Deshalb müssen Flä-  
chen, die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignet  
sind, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen geschont werden.

Dem trägt die Novellierung des Baugesetzbuchs durch das Gesetz zur  
Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und  
weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (BauGBuaÄndG) mit  
Wirkung vom 20. September 2013 Rechnung, indem das Prinzip  
„Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ darin weiter gestärkt  
wurde. Danach müssen die Gemeinden bei der Aufstellung von Be-  
bauungsplänen prüfen, ob die Umwandlung land- und forstwirt-  
schaftlich genutzter Flächen tatsächlich notwendig ist. Dabei sind  
vorhandene Potenziale der Innenentwicklung, darunter zum Beispiel  
Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachver-  
dichtungsmöglichkeiten, einzubeziehen.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist für die  
18. Legislaturperiode zum Flächenschutz vereinbart worden, unver-  
züglich eine Rechtsverordnung gemäß § 15 Absatz 7 des Bundes-  
naturschutzgesetzes zu erlassen, um das Nähere zur Kompensation  
von Eingriffen zu regeln. Zu dem vom Bundeskabinett am 24. April  
2013 verabschiedeten Verordnungsentwurf hat der Bundesrat noch  
Beratungsbedarf. Entsprechende Gespräche laufen unter Federfüh-  
rung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und  
Reaktorsicherheit.

Die Bundesregierung hat mit dem vorliegenden Entwurf einer Bun-  
deskompensationsverordnung (BKompV) Synergien für Naturschutz  
und Belange der Land- und Forstwirtschaft aufgezeigt, die bei ent-  
sprechender Billigung durch die Länderkammer insgesamt zu einer  
naturschutzfachlich anspruchsvolleren Kompensationspraxis und  
Verringerung der Flächeninanspruchnahme im Interesse der Land-  
und auch Forstwirtschaft führen sollen. Die angestrebte BKompV ist  
aber keine „Flächensparverordnung“, sondern soll insbesondere die

naturschutzfachlich erforderliche Kompensation (Ausgleich und Ersatz) von Eingriffen unter verstärkter Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bundeseinheitlich neu regeln.

Darüber hinaus enthält der Koalitionsvertrag im Zusammenhang mit der Bodenmarktpolitik einen Passus, nach dem die Bundesregierung die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mittelbaren Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nichtlandwirtschaftliche und überregionale Investoren prüfen wird. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder haben am 16. Januar 2014 die Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Bodenmarktpolitik beschlossen. Diese soll ein Zielsystem für die Bodenmarktpolitik entwickeln und daraus abgeleitete Handlungsoptionen unter besonderer Berücksichtigung des bodenrechtlichen Instrumentariums erarbeiten.

Zur Herbst-AMK 2014 (AMK – Agrarministerkonferenz) in Potsdam hat die Arbeitsgruppe einen Zwischenbericht vorgelegt, der eine ausführliche Beschreibung der aktuellen Situation auf den Bodenmärkten, eine Analyse der diese beeinflussenden Faktoren sowie eine Definition aktueller bodenmarktpolitischer Ziele enthält. Die Vorlage des Endberichts ist für die Frühjahr-AMK 2015 vorgesehen. Dieser soll dann auch eine Analyse und Bewertung verschiedener bodenmarktpolitischer Vorschläge sowie eine Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen enthalten.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

41. Abgeordnete  
**Sabine  
Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aufträge wurden vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Verteidigung sowie den Abteilungen „Politik“ und „Strategie und Einsatz“ der Bundeswehr in den letzten vier Jahren an F. P., an das European Centre for Energy & Resource Security (EUCERS), die KGE – Kurdish-German-European Business Alliances GmbH, Pflüger und Stuth Internationale Beratungs GmbH oder an HanBao vergeben, und wann wurde F. P. zu Konsultationen und anderen Treffen von den genannten Bundesministerien auf Staatssekretärs- oder höherer Ebene oder den genannten Abteilungen der Bundeswehr auf Führungsebene eingeladen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Ralf Brauksiepe  
vom 18. September 2014**

Seitens des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung sind im erfragten Zeitraum weder Einladungen noch

Aufträge an die erfragten Einrichtungen und Unternehmen sowie F. P. ergangen.

42. Abgeordneter  
**Dr. Tobias Lindner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Auswertung der Nachweisakte des Missionssystems „Integrated Signals Intelligence System“ mit Blick auf dessen weitere operative Nutzbarkeit ergeben, und was ist der derzeitige Stand im Projekt zur Schließung der Fähigkeitslücke im Bereich „signalerfassende, luftgeschützte, weiträumige Überwachung und Aufklärung“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel  
vom 18. September 2014**

Grundsätzlich sind hinsichtlich der derzeitigen Anfangsbefähigung des Systems „Integrated Signal Intelligence System“ keine technischen Hindernisse zu erwarten. Die Funktionalitäten sind technisch zu einem sehr hohen Grad nachgewiesen. Das Erreichen einer vollen operationellen Nutzbarkeit erfordert allerdings die Fertigentwicklung des Missionssystems und eine abschließende operative Bewertung im Flugbetrieb.

Die vorliegenden Lösungsvorschläge zur Schließung der Fähigkeitslücke im Bereich der „signalerfassenden, luftgestützten, weiträumigen Überwachung und Aufklärung“ werden derzeit im Bundesministerium der Verteidigung ausgewertet. Auf Basis einer vergleichenden Betrachtung wird dem Generalinspekteur der Bundeswehr eine Auswahlempfehlung für einen Lösungsweg vorgeschlagen.

Nach dessen Auswahlentscheidung wird das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr beauftragt, den ausgewählten Lösungsweg zu realisieren. Die Dauer der Realisierung hängt maßgeblich von der ausgewählten Lösung ab und kann daher derzeit nicht terminiert werden.

43. Abgeordneter  
**Dr. Tobias Lindner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie groß ist die Einsatzbelastung der Angehörigen der Patriot-Staffeln der Bundeswehr seit Beginn des Einsatzes in der Türkei (etwa Zahl der Einsätze, Dauer des Einsatzes, Ruhezeiten zwischen den Einsätzen), und inwiefern hat die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Patriot-Staffeln in der Türkei Einfluss auf den Klarstand der anderen Patriot-Staffeln der Bundeswehr?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Ralf Brauksiepe  
vom 18. September 2014**

Am Einsatz ACTIVE FENCE Türkei (AF TUR) haben nach rund 20 Monaten Einsatzdauer 1 556 Soldatinnen und Soldaten teilge-

nommen. Davon sind 13 Prozent bereits mehrfach bei AF TUR eingesetzt gewesen. Bezogen auf den Gesamteinsatz wurde bei 435 (rund 28 Prozent) der Soldatinnen und Soldaten eine Karenzzeit zwischen zwei Auslandseinsätzen von 20 Monaten nicht eingehalten.

Aktuell befindet sich das 5. Einsatzkontingent AF TUR in der Türkei. Von den insgesamt rund 270 Soldatinnen und Soldaten sind 93 unterhalb der vorgegebenen Karenzzeit (davon 70 als Wiederholer aus dem Einsatz AF TUR und 23 als Wiederholer aus anderen Einsatzgebieten) im Einsatz.

Mehr als 100 Soldatinnen und Soldaten haben bereits über 200 Tage Dienst im Einsatz AF TUR geleistet.

Zur Minderung der Einsatzbelastung werden bereits diverse Maßnahmen umgesetzt, wie z. B. eine Aufteilung der gesamten Einsatzdauer auf mehrere Zeiträume für Einzelpersonal, die Durchführung von „Recreation“-Seminaren für besonders belastetes Personal sowie Betreuungsangebote innerhalb und außerhalb der Liegenschaft.

Zur Gewährleistung der maximalen Einsatzbereitschaft der Patriot-Staffeln in der Türkei werden diese vorrangig mit Ersatzteilen versorgt. Das beeinflusst den Klarstand der anderen Patriot-Staffeln der Bundeswehr.

Nach der Prognose der Luftwaffe stehen bei der Fortführung des Einsatzes im Jahr 2015 den drei Patriot-Verbänden für Ausbildungsmaßnahmen oberhalb der lehrgangsgebundenen Individualausbildung zeitweise nur drei einsatzbereite Waffensysteme zur Verfügung, wobei ein Waffensystem in der Grundkonfiguration aus einem Multifunktionsradar, dem Feuerleitstand, acht Startgeräten mit Lenkflugkörpern sowie einer Richtfunkkomponente mit Antennenmastanlage und diversen Stromerzeugungsanlagen besteht.

Daraus gegebenenfalls resultierende Verdrängungseffekte (z. B. die Verschiebung einer für das Jahr 2016 geplanten NATO-Überprüfung oder Einschränkungen im Ausbildungs- und Übungsbetrieb) sollen nach einer Beendigung des Einsatzes und einer notwendigen technischen Grundüberholung durch ein entsprechend intensiviertes Training kompensiert werden. Eine Voraussetzung hierfür ist die entsprechende finanzielle Ausstattung im Bereich der Materialerhaltung.

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

44. Abgeordneter  
**Hubert Hüppe**  
(CDU/CSU)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung bei den vom „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ ([www.sexuelle-selbstbestimmung.de](http://www.sexuelle-selbstbestimmung.de)) beworbenen Gegendemonstrationen gegen den jährlichen „Marsch für das Leben“, dessen Teilnehmer sich für das Lebensrecht

aller Menschen einschließlich Behinderter und Schwerkranker einsetzen, in den vergangenen fünf Jahren zu Gewalt gegen Personen oder Sachen und Strafanzeigen gekommen, und welche der auf der Homepage der Veranstaltung genannten Unterstützenden ([www.sexuelle-selbstbestimmung.de](http://www.sexuelle-selbstbestimmung.de)) erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung Zuwendungen aus öffentlichen Kassen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner  
vom 16. September 2014**

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, ob es bei den vom „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ ([www.sexuelle-selbstbestimmung.de](http://www.sexuelle-selbstbestimmung.de)) beworbenen Gegendemonstrationen gegen den jährlichen „Marsch für das Leben“ in den vergangenen fünf Jahren zu Gewalt gegen Personen oder Sachen und Strafanzeigen gekommen ist.

Von den auf der bezeichneten Website unter Bündnis bzw. Stellungnahmen genannten Unterstützungsorganisationen erhalten aktuell der Arbeitskreis Frauengesundheit, die Grüne Jugend (Bundesvorstand), Die Falken und der Humanistische Verband Deutschlands Mittel aus dem Bundeshaushalt. Da nicht festgestellt werden kann, ob die auf der bezeichneten Website unter Bündnis bzw. Unterzeichner\*innen mit Organisationsbezeichnung aufgeführten Personen als Privatpersonen oder im Auftrag ihrer Organisation unterzeichnet haben, bezieht sich diese Auswertung ausschließlich auf die unter Bündnis bzw. Stellungnahmen genannten Unterstützerorganisationen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und  
digitale Infrastruktur**

- |  |   |
|--|---|
| 45. Abgeordnete<br><b>Annalena<br/>Baerbock</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche vorbereitenden Maßnahmen unternimmt oder unternimmt die Bundesregierung für den für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 vorgeschlagenen Bundesstraßenneubau (B 246, B 112 – BGr D/PL und GÜ Eisenhüttenstadt/N), insbesondere hinsichtlich notwendiger Vertragsverhandlungen mit der Republik Polen, und welche Stellungnahmen der polnischen Seite liegen gegebenenfalls vor? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 12. September 2014**

Im Anschluss an die bis zum Jahr 2015 andauernden Bewertungen und die weiteren Beurteilungen der angemeldeten Projekte sowie die Diskussion der Vorschläge für die Dringlichkeitsreihung mit den Vorhabenträgern wird der Entwurf des neuen Bundesverkehrswege-

plans entwickelt werden. Für diesen Entwurf wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu gegebener Zeit das Vorliegen aller Voraussetzungen, bei Vorhaben mit grenzüberschreitender Verkehrsbedeutung auch die ausreichende Abstimmung des planerisch zuständigen Landes mit dem jeweiligen Nachbarstaat, prüfen.

- |  |   |
|--|---|
| 46. Abgeordneter<br><b>Herbert<br/>Behrens</b><br>(DIE LINKE.) | Wie viele Genehmigungen zur Querung von Bahntrassen für Breitbandinternetkabel (bzw. Leerrohre) wurden in den letzten zwölf Monaten beantragt, positiv und negativ beschieden, und wie lang ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 15. September 2014**

Eigentümerin der angesprochenen Schienenwege ist die DB Netz AG. Im Rahmen ihrer Betreiberverantwortung ist es grundsätzlich Aufgabe der DB Netz AG, die notwendigen Vereinbarungen mit den Telekommunikationsbetreibern zu treffen und dabei die Einhaltung des technischen Regelwerks zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sind zwei Fallgruppen zu unterscheiden:

1. Die bauaufsichtrechtlich relevanten Regelungen können eingehalten werden

In diesen Fällen erhält das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) keine Informationen über die Querungsvorgänge. Die Arbeiten sind nicht anzeige- und nicht genehmigungspflichtig und liegen im unternehmerischen Verantwortungsbereich der DB Netz AG. Daher besitzt auch die Bundesregierung keine Informationen über diese regelgerechten Vorgänge. Auf Anfrage hat die DB Netz AG mitgeteilt, dass eine gesonderte Auswertungsmöglichkeit zu den angefragten Breitbandinternetkabeln in ihren Erfassungssystemen nicht besteht. Es können nur Angaben zu abgeschlossenen Vorgängen bei Telekommunikationsleitungen insgesamt gemacht werden.

In den letzten zwölf Monaten (ab September 2013) wurden insgesamt 178 Telekommunikationsvorgänge beantragt und fertiggestellt, die Bahntrassen kreuzen oder längs der Bahntrasse verlaufen. Ohne Vertragsschluss wurden 31 Vorgänge beendet. Bei den übrigen 147 Vorgängen ist der Vertrag versandt oder der Vorgang bereits abgeschlossen.

Die Regularien des DB-Konzerns sehen aufgrund der Einbindung unterschiedlicher Konzerngesellschaften und externer Rechteinhaber eine Bearbeitungszeit von 16 Wochen vor, die im Schnitt für die oben genannten Anträge auch benötigt wurden.

2. Die bauaufsichtrechtlich relevanten Regelungen können nicht eingehalten werden

In diesen Fällen beantragt die DB Netz AG beim EBA die Zustimmung im Einzelfall. In dem in der Frage angesprochenen Zeitraum



der letzten zwölf Monate hat das EBA keinen derartigen Antrag verzeichnet. Basierend auf Erfahrungen aus der Vergangenheit rechnet das EBA in der Regel mit einer Bearbeitungszeit für solche Anträge von maximal zwei Monaten.

47. Abgeordneter  
**Uli Grötsch**  
(SPD)
- Ist es richtig, dass die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär, anlässlich eines Gesprächstermins mit Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis Weiden im Februar dieses Jahres im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Einschätzung vertreten hat, dass die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof–Regensburg im Bundesverkehrswegeplan 2015 als gravierende Änderung eingestuft werden würde und deshalb die Bestimmungen der Lärmvorsorge greifen, und bleibt die Parlamentarische Staatssekretärin auch nach derzeitigem Stand bei ihrer Einschätzung?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 17. September 2014**

Die Elektrifizierung der Schienenstrecke Marktredwitz–Regensburg ist nicht im geltenden Bedarfsplan für die Bundesschienenwege enthalten. Sie wird aber bei der derzeit laufenden Aufstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) untersucht und kann bei positiver Bewertung in den neuen BVWP aufgenommen werden.

Die Elektrifizierung wäre nach § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes eine Änderung von Betriebsanlagen einer Eisenbahn, für die ein Planfeststellungsverfahren notwendig wäre. Im Planfeststellungsbeschluss werden u. a. Maßnahmen zum Lärm- und Erschütterungsschutz bestimmt. Ob die Maßnahme als wesentliche Änderung eines Schienenweges Lärmvorsorge nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) erforderlich macht, ist abschließend von der Planfeststellungsbehörde im Planfeststellungsverfahren zu prüfen.

48. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was war nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse der Bundesregierung der Grund für den Absturz des malaysischen Flugzeugs (Flug MH17) über der Ostukraine mit 298 (u. a. 4 deutschen) Opfern am 17. Juli 2014, insbesondere aufgrund der internationalen Auswertung der aufgefundenen Flugschreiber unter Beteiligung der deutschen „Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung“ (BFU) (vgl. SPIEGEL ONLINE, 8. August 2014), und was spricht nach Erkenntnissen der Bundesregierung insbesondere für bzw. gegen einen Abschuss durch eine Boden-Luft-Rakete eines russischen BUK-M1-Flugabwehrsystems (vgl.

ZEIT ONLINE, 18. Juli 2014) oder aber durch MG-Feuer eines nahen ukrainischen SU25-Kampfflugzeugs (vgl. SPIEGEL ONLINE, 21. Juli 2014; New Straits Times/Malaysia, 6. August 2014), wie russische Regierungsquellen nahelegen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Katherina Reiche  
vom 15. September 2014**

Im Fall des Absturzes des Fluges MH17 in der Ukraine beteiligten sich im Hinblick auf die Tatsache, dass unter den Opfern auch deutsche Staatsbürger zu beklagen sind, zwei Mitarbeiter der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung (BFU) an der Untersuchung im Rahmen einer internationalen Expertenkommission. Diese Mitarbeiter waren in die Auswertung der Flugschreiber und bei der Auswertung von Satellitenbildern eingebunden sowie bei Teilen der Ermittlung im Bereich des Flugbetriebes und der Flugsicherung. Sie berichteten über den Fortgang der Flugunfalluntersuchung und erste, nicht bewertete Fakten.

Insgesamt hat die niederländische Flugunfalluntersuchungsbehörde auf Bitte der ukrainischen Regierung die Leitung der Untersuchung übernommen; allein das „Dutch Safety Board“ übernimmt daher als zuständige Behörde die Erstellung und Veröffentlichung der entsprechenden Berichte über den Flug MH17.

Unter [www.safetyboard.nl](http://www.safetyboard.nl) ist von der niederländischen Untersuchungsbehörde am 9. September 2014 ein erster Zwischenbericht veröffentlicht worden. In dessen Zusammenfassung kommt sie unter Punkt „Damage“ zu dem Schluss, dass MH17 von außen durch hochenergetische Objekte getroffen wurde, die in ihrer Konsequenz zu einem Auseinanderbrechen des Passagierflugzeugs geführt haben.

Dies stützt die Annahme, dass es sich um einen Abschuss durch eine Boden-Luft-Rakete – möglicherweise eine BUK-M1 – handelte. Gegen einen Abschuss der in ca. 10 000 Meter Höhe fliegenden Boeing 777 durch ein Luftfahrzeug vom Typ SU-25 spricht neben dem vorgefundenen Schadensbild auch dessen maximale Flughöhe von 7 000 Metern. Die vorliegende Höhendifferenz von 3 000 Metern wäre für einen Einsatz des Bordmaschinengewehrs dieses Flugzeugtyps zu groß.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Erkenntnisse über bewaffnete Aktivitäten in der Ostukraine“ (Bundestagsdrucksache 18/2521) verwiesen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

49. Abgeordneter  
**Peter  
Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kohlekraftwerke nutzen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausnahmeregelung des § 21 der Dreizehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (13. BImSchV), um auf die kontinuierliche Messung der Quecksilberemissionen zu verzichten, und hat der Umstieg bei zahlreichen Kohlekraftwerken von der quecksilberarmen, rheinischen Steinkohle auf ausländische Steinkohle mit teilweise erheblich höheren Quecksilbergehalten zu einer Veränderung der Praxis der Behörden geführt, diese Ausnahme zu gestatten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 17. September 2014**

Der Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist im Rahmen der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung Aufgabe der Länder als eigene Angelegenheit. Die Bundesregierung hat daher keine Kenntnis, welchen Kohlekraftwerken die Nutzung der Ausnahmeregelung nach § 21 der 13. BImSchV genehmigt wurde.

Nach Erkenntnissen des Umweltbundesamtes liegt der Quecksilbergehalt der Ruhrsteinkohle leicht über dem Durchschnitt der importierten Steinkohlen. Im Übrigen liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse über eine veränderte Vollzugspraxis im Kontext eingesetzter Steinkohlen und deren Quecksilbergehalte vor.

50. Abgeordneter  
**Peter  
Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, den geforderten Einzelnachweis durch die nur zeitweise Verfeuerung von quecksilberarmen Kohlen zu erbringen, bzw. wie wird sichergestellt, dass die Kohlenzusammensetzung beim Einzelnachweis auch der Kohlenzusammensetzung im Rest des Jahres entspricht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 17. September 2014**

Nach den Vorgaben von § 21 Absatz 5 der 13. BImSchV setzt die Genehmigung des Verzichts auf die kontinuierliche Messung der Quecksilberkonzentration voraus, dass „[...] durch andere Prüfungen, insbesondere der Brennstoffe, sichergestellt ist, dass die Emissionsgrenzwerte nach den §§ 4 und 5 für Quecksilber und seine Verbindungen zu weniger als 50 Prozent in Anspruch genommen

werden und sich aus den Einzelmessungen ergibt, dass der Jahresmittelwert nach § 11 Absatz 2 sicher eingehalten wird. In diesem Fall hat der Betreiber regelmäßig wiederkehrend jährlich Einzelmessungen durchführen zu lassen sowie Nachweise über die Korrelation zwischen den Prüfungen und den Emissionsgrenzwerten zu führen [...]“.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass bei sachgerechtem Vollzug dieser Regelung die in der Frage artikuliert Besorgnis unbegründet ist.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

51. Abgeordnete **Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hatte nach Kenntnissen der Bundesregierung das erst im Jahr 2006 in Dienst gestellte deutsche Forschungsschiff „Maria S. Merian“ mehrfach Probleme mit dem Hauptantrieb (vgl. Täglicher Hafenbericht THB vom 12. August 2014), und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus diesen Vorfällen ziehen (bitte Anzahl, Art und Dauer der Ausfälle sowie dadurch zu erwartende Mehrkosten für den Bund nennen)?

### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller vom 17. September 2014**

Die Hauptantriebe der „Maria S. Merian“ waren eine Neuentwicklung und hatten seit der Indienststellung im Jahr 2006 verschiedene technische Defekte, die im Einzelnen mit Art und Dauer der Ausfälle in folgender Tabelle dargestellt sind.

Anzahl	Dauer (Tage)	Art
1	13	Wellendichtung Backbord-POD-Antrieb
2	26	Schleifringübertrager Backbord & Steuerbord-POD-Antrieb
3	144	Wellendichtung Backbord & Steuerbord- POD-Antrieb; Salzeintrag in Elektro- Motor Steuerbord-POD-Antrieb
4	39	
5	22	Dichtung Steuerbord-Schwenklager
6	10	
7	20	Schleifringübertrager Backbord-POD- Antrieb
8	5	Wellenbremse Steuerbord-POD-Antrieb
9	189	Dichtung vom Backbord-Schwenklager; Schwenklagerschaden
10	120	

Anfang Juli dieses Jahres wurde bei einer Dockung in Kanada festgestellt, dass das Schwenklager eines der beiden Hauptantriebe defekt ist. Eine weitere Dock-Untersuchung in Deutschland ergab, dass auch das Schwenklager der zweiten Antriebseinheit Schäden aufweist. Die Ursachen des Schwenklagerschadens sind der Bundesregierung noch nicht bekannt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das zusammen mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft e.V. den Betrieb des Forschungsschiffs (FS) „Maria S. Merian“ finanziert, hat die Leitstelle Deutsche Forschungsschiffe um einen Bericht über das Schadensausmaß und die Schadensursache nach Inspektion durch einen Sachverständigen gebeten. Die Inspektion ist erfolgt, derzeit wird der Bericht erwartet.

Auf Basis des Berichtes und ggf. weiterer Untersuchungen wird u. a. geprüft werden, ob Modifikationen am Antriebssystem des FS „Maria S. Merian“ oder Änderungen beim Wartungs- und Instandhaltungskonzept erforderlich sind.

Die genaue Kenntnis der Schadensursache ist auch für die Entscheidung über die Antriebssysteme künftiger Forschungsschiffneubauten von Bedeutung.

Die früheren – vor den jetzigen Schwenklagerschäden – aufgetretenen technischen Probleme der Antriebe haben Reparaturkosten von insgesamt rund 500 000 Euro für den Bund verursacht, die im Rahmen der Betriebskosten finanziert wurden. Für die Kostenbeziehung des jüngsten Schadens wird der o. g. Inspektionsbericht abgewartet.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

52. Abgeordnete  
**Veronika  
Bellmann**  
(CDU/CSU)
- In welchen Ländern sollen die „Grünen Zentren“ für ländliche Entwicklung errichtet werden, um in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit u. a. die Ernährungssicherung auf lokaler und nationaler Ebene zu fördern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Thomas Silberhorn  
vom 12. September 2014**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung prüft voraussichtlich bis Ende November 2014 die Förderung des Ansatzes von Grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in folgenden Ländern: Äthiopien, Kenia, Malawi, Togo, Benin, Mali, Ghana, Tunesien, Nigeria, Kamerun, Indien, Sambia, Burkina Faso. Die Realisierung des Ansatzes in den genannten Ländern obliegt dem Ergebnis der Prüfmissionen sowie der Bereitstellung der Mittel aus dem Bundeshaushalt.

Berlin, den 19. September 2014



